



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kleinere Mitteilungen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

einem Wunder entgegen, dann ward es einen Augenblick klar und still, und in dieser Klarheit trat er vom Fenster und warf sich über einen Tisch, der dort stand, und brach in Schluchzen aus, ohne jedoch eine einzige Thräne hervorzubringen.

Als er wieder in das Krankenzimmer kam, hatte das Kind Krämpfe. Er sah es an, als wollte er sich damit töten. Es war entsetzlich, und doch war es noch nicht das Schlimmste. Als der Krampf nachließ und der Körper wieder weich und biegsam wurde, und sich dem Glücke, weniger Schmerzen zu empfinden, hingab, da die Angst zu sehen, die der Blick des Kindes annahm, als es in der Ferne bemerkte, daß der Krampf wieder kam, dies steigende Flehen um Hilfe, je näher die Pein kam, nein, das ansehen zu müssen und nicht helfen zu können, nicht mit dem eignen Herzblute, nicht mit allem, was er besaß, was er hatte — er erhob seine geballten Hände drohend gen Himmel, er griff in dem wahnsinnigen Gedanken an eine Flucht nach dem Rinde, und dann warf er sich auf die Erde, auf seine Kniee und betete zu dem Gott da droben im Himmel, der das Erdreich durch Prüfungen und Züchtigungen in Angst erhält, der Not und Krankheit, Leiden und Tod sendet, der da will, daß sich alle Kniee zitternd vor ihm beugen sollen, und vor dem kein Entfliehen möglich ist, weder ans äußerste Meer noch in die tiefsten Tiefen hinab, der, wenn es ihm gefällt, den, welchen du am heißesten auf der ganzen Welt liebst, mit Füßen treten und ihn zu dem Staube zermalmen wird, woraus er selber ihn geschaffen hat.

Mit solchen Gedanken betete Niels Byhne zu Gott, warf sich in seiner Ohnmacht vor dem Himmels Throne nieder und bekannte, daß die Macht sein sei, sein alleiniges Eigentum.

Aber das Kind litt nach wie vor. Gegen Morgen, als der alte Sanitätsrat, der Hausarzt, durch das Hofthor fuhr, war Niels Byhne allein.

(Schluß folgt.)



## Kleinere Mitteilungen.

Prozeßkosten. Anknüpfend an einen Fall, wo ein einfacher Prozeß, der lediglich die Rückzahlung von 20 Mark betraf, zu seiner Erledigung nahezu ein Duzend Termine und anderthalb Jahre Zeit gebraucht und 25 Mark Anwaltsgebühren gekostet haben soll, urteilt der Verfasser eines in Nr. 30 der Grenzboten enthaltenen Aufsatzes „Ein Rotschrei“ über den amtsgerichtlichen Zivilprozeß in einer Art und Weise, die einer Berichtigung bedarf, um dieses Institut bei den nicht-

juristischen Lesern der Grenzboten nicht in Mißkredit zu bringen. Gehört doch gerade der amtsgerichtliche Zivilprozeß mit zu dem Besten, was uns die Justizreorganisationsgesetze gebracht haben.

Auf den Vorwurf der Verschleppung und Verteuerung des Musterprozesses, der dem Verfasser vorgelegen hat, läßt sich nur dann etwas erwidern, wenn er genau angeben wollte, wodurch dieser Prozeß, der sich bei so einfacher Sachlage gewiß in drei Terminen, also in sechs bis acht Wochen, hätte erledigen lassen, zu einer solchen Länge und Breite geziehen ist. Was er hierfür angiebt, trifft gewiß nicht das vorgeschriebene Verfahren. Der Vertreter eines Anwalts konnte auch nach dem frühern Verfahren auf Grund mangelhafter Notizen falsche Angaben machen und dadurch einen Prozeß in falsche Bahnen bringen. Dann ist in einem Termine eine Partei nicht vertreten gewesen, deshalb gab es Versäumnisurteile, Einsprüche dagegen, neue Termine und unendliche Verschleppungen der Sache, wie der Verfasser sagt. Wir meinen, es gab ein Versäumnisurteil, einen Einspruch, die Zahl der Termine wurde um einen vermehrt, der Prozeß wurde um die Zeit von einem Terminstage zum andern verlängert. Weitere Gründe der Verschleppung, die in dem jetzigen Verfahren liegen sollen, giebt der Verfasser nicht an. Wenn er den altpreussischen Vagatellprozeß als einfach, kurz und billig rühmt, so dürfen die beiden ersten Eigenschaften auf den jetzigen amtsgerichtlichen Zivilprozeß noch vielmehr angewendet werden, ein einfacheres Verfahren läßt sich überhaupt wohl kaum denken. Es ist geradezu unverständlich, wie von Mängeln, die jahraus jahrein gerügt werden, gesprochen werden kann, wie behauptet werden kann, „man habe sich an der Hand grundstürzender Doktrinen in eine Sackgasse verrannt, aus der man vergeblich herauszukommen suche.“ Welches sind diese Mängel, wo liegt die Sackgasse?

Was die in dem betreffenden Prozesse bezahlten Anwaltsgebühren anlangt, so scheinen 25 Mark, also 12 Mark 50 Pfennige für jeden Anwalt allerdings eine hohe Summe zu sein. Das dem Anwalte zustehende Pauschquantum würde 6 Mark betragen, der Rest von 6 Mark 50 Pfennig ist also entstanden durch Schreibgebühren, Zustellungskosten und Portoauslagen; diese Nebenkosten fallen natürlich bei kleineren Prozeßobjekten verhältnismäßig schwerer ins Gewicht, aber 6 Mark als geringste Gebühr für Führung eines Prozesses mit Beweisaufnahme wird man einem Anwalt doch wohl zubilligen dürfen. Wichtig ist, daß oft in einfachen Sachen von den Anwälten weniger geschrieben werden könnte, womit sich die Schreibgebühren vermindern würden.

Die verwickelten und umständlichen Formen des jetzigen Verfahrens sollen mittelbar zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Parteien genötigt sind, auch den amtsgerichtlichen Prozeß einem Anwalte zu übergeben. Welches diese Formen sind, wird nicht erwähnt, es können vielleicht die in § 230 der Zivilprozeßordnung für Erhebung der Klage vorgeschriebenen Formen gemeint sein, diese sind aber sehr einfach, die Bestimmung der angegebenen Gesetzesstelle ist leicht verständlich, sie verlangt für die Klageschrift nur die Bezeichnung der Parteien, einen bestimmten Antrag, die Ladung und die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs. Wenngleich nun in der Theorie anzunehmen ist, daß der Prozeßbetrieb lediglich in den Händen der Parteien liegen soll, so zeigt doch die Praxis, daß er auch jetzt der vermischten „bewährten Leitung des Gerichts“ noch unterliegt. Der in der Praxis in dieser Beziehung hervortretende Unterschied gegen das frühere Verfahren ist sehr gering. Mehr noch, als dieses früher vorgeschrieben war, hat der Richter bei der Leitung der Verhandlung

dahin zu wirken, daß die Parteien über alle erheblichen Thatsachen sich vollständig erklären und sachdienliche Anträge stellen.

Der dem Richter gemachte Vorwurf, daß die Partei, wenn sie neben dem Anwalte den Termin wahrnehme, kaum zum Worte gelassen und die Wahrnehmung des Termins durch sie als etwas Ueberflüssiges angesehen werde, bedarf des Beweises. Wichtig ist allerdings, daß es dem Richter oft zu viel wird, wenn die Partei nach sachgemäßem Vortrage durch den Anwalt den Prozeß nochmals wieder vollständig vortragen will und Sachen einmischt, auf deren Unerheblichkeit sie vom rechtskundigen Anwalt längst aufmerksam gemacht worden ist.

Besteht hiernach für die Partei kein auch nur mittelbarer Zwang, sich bei der Prozeßführung eines Anwalts zu bedienen, so glauben wir noch hinzufügen zu dürfen, daß wohl die meisten Prozeßrichter wünschen werden, die Parteien möchten ihre amtsgerichtlichen Prozesse viel mehr selbst führen, als es bisher gebräuchlich ist. Die Prozesse würden durchweg wesentlich schnellere Erledigung finden.

Hiernach wird das Ergebnis dieser Besprechung doch wohl das sein, daß es gewagt ist, aus einem einzelnen, nicht einmal genau dargelegten Falle gleich auf die Unzweckmäßigkeit eines ganzen Instituts zu schließen. Auf den in jenem Aufsätze erwähnten ernststen sozialpolitischen Hintergrund der Mängel des jetzigen Verfahrens noch einzugehen, wird darnach wohl nicht mehr nötig sein. Ein Gesetz herzustellen, welches in einzelnen Fällen nicht auch einmal eine scheinbare Härte bieten kann, ist unmöglich. Das amtsgerichtliche Zivilprozeßverfahren ist nicht darnach angethan, das Rechtsbewußtsein des Volkes zu zerstören und als mitwirkende Ursache für das Wachsen der Sozialdemokratie angesehen zu werden. Wenn die Tagespresse die Besprechung einzelner Fälle zurückweist, so verkennt sie ihre Aufgabe nicht; gegen richterliche Urteile und Beschlüsse giebt es das Rechtsmittel der Berufung oder Beschwerde, die Tagespresse, beziehentlich das aus derselben sich unterrichtende Publikum ist nicht die Beschwerdeinstanz für die richterliche Thätigkeit, die vom Laien, wenn ihm nach seiner Ansicht Unrecht geschehen ist, so oft mißverstanden wird.

Zur jüdischen Schächtfrage. In einem frühern Hefte der Grenzboten ist auf den Umstand hingewiesen worden, daß die christliche Bevölkerung einzelner Gegenden und Städte eine große Portion Gutmütigkeit oder sagen wir lieber Schwäche und Charakterlosigkeit dem hie und da recht aufdringlichen und anmaßend anspruchsvollen Judentum gegenüber an den Tag lege. Es konnte dabei der Blick auf eine Stadt an der Lahn (Universitätsstadt) gelenkt werden, die sich dazu versteht, das gesamte Fleisch, das von ihrer Bevölkerung verzehrt wird, durch das Messer des Juden schächten zu lassen. Jener Artikel der Grenzboten ist in der betreffenden Stadt auch wohl beachtet und gelesen worden. Aber eine Widerlegung etwa von seiten der Behörden durfte schon darum nicht versucht werden, weil man eingesehen mußte, die Thatsachen seien genau der Wirklichkeit gemäß dargestellt. Nur dies und nichts anderes sollte geschehen. Nun darf aber gefragt werden, ob denn mit der Unsitte des Schächtens in jener Stadt, seitdem man sich an das christliche Ehrgefühl gewandt hat, aufgeräumt worden sei, oder ob etwa noch heute die alten Zustände herrschend geblieben sind, wodurch der gesamte Fleischbedarf einer Stadt von 20 000 Einwohnern, gleichviel ob das Fleisch an Christen oder an Juden (die kaum  $\frac{1}{15}$  der Bevölkerung bilden) abgesetzt wird, durch die Hände des jüdischen Schächters geht. Nach unsern Erkundigungen ist man

Gießen

einfach bei der bisherigen Sitte des allgemeinen Schächtens verblieben. Die Christen insgesamt halten es also mit ihrer Würde und Ehre vereinbar, daß sie der wenigen jüdischen Mitbürger halber ihren ganzen Fleischbedarf aus der Hand des Schächters empfangen.

Es will uns scheinen, als ob sie wegen dieser freiwilligen Unterordnung unter einen jüdischen Ritus, der uns sehr ansechtbar erscheint, nicht zu beneiden wären. Schärfere Beurteiler werden ihre Auffassung dahin kundgeben, daß man heutzutage kaum für möglich halten sollte, daß dergleichen thatsächliche Zustände in einer Stadt bestehen, die doch sonst mit Eifersucht darüber zu wachen scheint, daß man sie, mindestens der Mehrheit der stimmberechtigten Bürger nach, zur „Fortschrittspartei“ zähle. Die zugestandene Thatsache beweist, daß man sehr „fortgeschritten“ denken und stimmen und sich doch hinsichtlich humaner Anschauungen und bezüglich eines allseitig entwickelten Selbst- und Ehrgefühls entschieden in der Rückwärtsbewegung begriffen zeigen kann.

Wohl ist die Angelegenheit zur Debatte gestellt worden, auch, wie bekannt geworden, auf Grund jenes ersten Aufsatzes innerhalb des Tiereschutzvereins; denn man war deutlich genug auf das Rückenreißen und Kameeleverschlucken hingewiesen worden. Diesen Vorwurf wollte man nicht auf sich sitzen lassen, und was brachte man, selbst aus den Reihen der Fleischer, zur Entschuldigung in Sitzungen, die deshalb gehalten wurden, vor? Man ließ sich vorreden, gerade diese Schlachtweise (das Schächten) bewirke, daß das Fleisch besonders schmackhaft und gut zu genießen sei, denn es sei am meisten vom Blute entleert, was ja der Jude gerade mit seinem Schächten bezwecken wollte. Zudem könne kaum von Tierquälerei geredet werden, denn im ganzen sei doch in nicht allzu langer Zeit das geschächtete Tier zum Verenden gebracht, und es sei nicht inhuman, auf einen jüdischen Ritus Rücksicht zu nehmen und hierbei denn auch einem Tiere wohl einige Dual zuzumuten.

Da uns die gesamte Frage lebhaft beschäftigt hat, haben wir uns bei einem älteren, anerkannt sehr tüchtigen und sehr erfahrenen Kreistierarzt einer großen rheinischen Handelsstadt mündlich Aufklärung geben lassen, sind aber durch die uns sehr bestimmt und mit aller Entschiedenheit mitgeteilten Auffassungen jenes Mannes einfach in den früher vorgetragenen Meinungsäußerungen bestärkt worden. Es gilt uns heute, daß, was wir gehört haben, auch ändern — auch den Vätern der heftigen Universitätsstadt — an diesem Orte weiter zu geben. Lächerlich geradezu und in keiner Weise zutreffend fand es jener in einem sehr umfangreichen Wirkungskreise stehende verdiente Tierarzt, daß man sage, je blutleerer das Fleisch, desto besser sei es. Er war geneigt, gerade das Gegenteil anzunehmen, und wies auf die Sitte anderer Nationen hin, gerade mit Vorliebe das mit Blut noch durchzogene Fleisch zur Verwendung in die Küche gelangen zu lassen. Die Behauptung, das geschächtete Fleisch sei der Gesundheit zuträglicher und genußreicher, wies mein Gewährsmann als durchaus unbegründet mit aller Entschiedenheit zurück. Er fand nicht den mindesten Grund, sie in irgend einer Beziehung für zutreffend zu halten, bekannte sich auch auf Grund seiner mehr als vierzigjährigen Erfahrung — inmitten einer großen, viel Fleisch verbrauchenden Stadt — als entschiedener Gegner der Schächtmethode, die kaum für die Juden selber, aber in keiner Weise für die Tiere, die zum Zwecke des Fleischgenußes in christlichen Häusern und Familien geschlachtet werden müssen, sich mit gutem Gewissen rechtfertigen lasse. Jener Tierarzt hatte die Qualen der Tiere, die zum bequemen Schächten in schmerzhaften Zwangslagen gebracht werden, beim Niederwerfen zuweilen einzelne Körperteile

brechen und so eine Zeit lang ausharren müssen, öfter mit angesehen; auch war er voller Entrüstung wider die Verteidiger der von ihm gemißbilligten Schlachtweise. Nur wer gar keine Barmherzigkeit mit einem gequälten und geknebelt zu Boden geworfenen Tiere habe, das ohne jede vorherige Betäubung zu Tode gebracht werde, könne die Art des jüdischen Schächterns billigen oder sich selber weiß zu waschen versuchen. Die mannichfachen Versuche, die Tiere möglichst schnell und ohne unnötige Quälerei zu Tode zu bringen, seien Zeugnisse einer humanen Zeit und Anschauung, und deshalb sei jedes Beginnen, zur frühern Barbarei zurückzukehren, und sei es auch „aus Furcht vor den Juden,“ aufs Höchste zu mißbilligen und zu bekämpfen. Es sei fraglich, ob den Juden für sich selber das bisherige Zustandniß wider alle Humanität noch länger zu machen sei.

In jedem Betracht empfehlenswert erscheint uns ein Vortrag des Kreisierarztes C. Bauerker in Kaiserslautern (Kaiserslautern, Aug. Gotthold, 1882), gehalten im dortigen wissenschaftlich-literarischen Vereine, der mit den Worten schließt: „In der öffentlichen Meinung kann das Judentum ganz sicher nicht gewinnen, wenn es an einer Schlachtart festhält, die als eine Tierquälerei bezeichnet werden muß und als solche öffentliches Aergerniß erregt.“ Ganz dasselbe gilt aber auch von einer Stadt, wenn sie an derselben Schlachtweise und noch dazu für das gesamte zum Verbrauch bestimmte Vieh festhält. Wir geben uns der bestimmten Erwartung hin, daß auch in Gießen die bisherigen greuelhaften Zustände ins Weichen kommen werden, wenn man nur den Mut gewinnt, nicht bloß im Stillen die Faust zu ballen, sondern öffentlich sich von zugelassenen Mißständen loszusagen, die geradezu ein Skandal in unserm „aufgeklärten“ neunzehnten Jahrhundert sind. Mögen sich dazu die Männer finden!

Zeitschriften und Sprachreinigung. Als der allgemeine deutsche Sprachverein die verstreuten Kämpfer für die Reinheit unsrer Muttersprache unter seiner Fahne vereinigte und den gesamten Bestrebungen einen Mittelpunkt und ein festes Gefüge gab, da lächelten wohl viele und zweifelten, ob die Sache sich halten würde. Nun sind ein paar Jahre drüber hingegangen, die Sache hält sich, und mancher, der erst aus lieber Bequemlichkeit nichts von der „Fremdwörterjagd“ wissen wollte, ist jetzt, wenn nicht ein Freund des Sprachvereins, so doch vorsichtiger in seinem Urteil über ihn und seine Arbeit geworden. Die Zeitschriften nehmen natürlich je nach der Person und Gesinnung ihrer Leiter einen sehr verschiedenen Standpunkt zu der Frage ein. Die Grenzboten haben lange vor der Gründung des Sprachvereins bereits seine Grundsätze vertreten, nicht immer zur Freude ihrer Mitarbeiter, die sich oft ungern die „Brillanten“ aus ihren Aufsätzen herausbrechen ließen. Riegels erste Aufsätze erschienen in diesen Blättern (Jahrgang 1883), und da Riegels Buch, das aus diesen Arbeiten hervorging, „Ein Hauptstück von unsrer Muttersprache,“ gewissermaßen die Gründungsurkunde des Vereins wurde, so haben sie sozusagen Patenstelle vertreten bei dem jungen Kindlein. Wir sind uns auch treu geblieben, haben immer etwas auf unsre Sprache gehalten, ohne zu peinlich zu werden, und wollens auch künftighin so halten.

Andre Zeitschriften haben ihren Standpunkt, zum Teil mehrmals, gewechselt. Das Magazin für die Litteratur des In- und Auslandes z. B. erklärte in seiner Nummer vom 1. August 1885, daß es fortan nur in reinem Deutsch geschriebene Beiträge aufnehmen werde, hielt aber an diesem Grundsatz so wenig fest, daß es im Jahre 1887 sogar einem erbitterten Gegner das Wort gestattete. Es brachte einen Aufsatz von Flach zu der Frage, der dem Namen seines Verfassers in jeder

Weise Ehre machte; nebenher war er freilich auch grob. Neuerdings, seit Kirchbach die Leitung des Blattes hat, geht das Magazin wieder so kräftig mit dem Rehrbesen vor, daß man sogar gewichtige Bedenken gegen diese Art von Sprachsäuberung haben muß.

Die leidenschaftlichsten Angriffe schleuderte wohl seiner Zeit Hans Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ gegen die „Puristen“ (April 1887). Sein Ton war unhöflich bis zur Ungezogenheit. Das mußte auffallen, denn die gute deutsche Gesinnung der Jahrbücher ist außer Zweifel, und das gute Deutsch ihres ersten Herausgebers, Heinrich von Treitschke, nicht minder. Delbrück wandte sich vorzugsweise gegen die seiner Meinung nach tolle Anmaßung, die nationale Frage mit der Frage der Sprachreinigung zu verquicken, er behandelte die Bemühungen des Sprachvereins sehr von oben herab als eine Karikatur des neu erwachten Nationalbewußtseins, als die kleinliche Verzerrung und Ausartung des großen vaterländischen Gedankens. Auch in der „Post“ ließ sich Delbrück damals vernehmen; hier unterzog er in seiner Eigenschaft als Mitglied des deutschen Reichstages die Verdeutschungen der soeben erschienenen Felddienstoffordnung für die Fußtruppen einer „fachverständigen“ Beurteilung und erteilte unsrer Heeresverwaltung den wohlmeinenden Rat, sich doch ja nicht in diese einseitige Strömung hineinziehen zu lassen, die von kleinen Geistern ausgehe und nur für beschränkte Köpfe etwas Verlockendes haben könne. Der Rat ist nicht befolgt worden, auch auf dem Gebiete des Heerwesens gewinnt die deutsche Sprache langsam, aber regelmäßig Boden, und überhaupt wächst die Zahl der Freunde einer maßvollen und vernünftigen Sprachreinigung stetig.

Das neueste Heft der Preussischen Jahrbücher (September 1888) enthält an erster (!) Stelle einen Aufsatz: Ein Ausweg aus der Fremdwörternot von Dr. Robert Hessen. Nach der Ueberschrift möchte man glauben, die Jahrbücher hätten sich nunmehr eines Bessern besonnen und sich überzeugt, daß diese von selbst gewordene, starke Zeitströmung sich nicht einfach durch vornehmes Naserümpfen aus der Welt schaffen lasse. Es wäre ja gar nicht undenkbar gewesen, daß Treitschke, der — das merkt man jedem seiner Worte an — ein starkes Gefühl für die Würde unsrer Sprache hat, einen Wink in dieser Richtung gegeben hätte. Allein schon der Name des Verfassers mußte uns belehren, daß das eine trügerische Hoffnung sei. Hatten uns doch selbst seiner Zeit Aufsätze dieses Herrn tüchtige Arbeit für den Notstift gegeben, und wir kennen seine Meinung, daß man „temperamentvoll“ nur mit Hilfe eines starken Zusatzes von Fremdwörtern zu schreiben vermöge. Dieser Ansicht huldigt denn der Verfasser auch heute noch. Zwar einige magere Brocken der Anerkennung spendet er den Sprachreinigern. „Es wird mit bessern Kenntnissen wie früher (richtiger wohl: als früher) der großen Fremdwörterfrage näher getreten; viele Geschmacklosigkeiten werden aufgedeckt, selbst die alten Puristen werden nicht geschont, und im einzelnen ist vieles erfreulich und lehrreich.“ Und ferner: „Bei den Puristen liegt zur Zeit der Schwerpunkt der Frage, weil bei ihnen das größte Interesse und die größte Rührigkeit vorhanden sind, d. h. — bis auf weiteres — die größte Wahrscheinlichkeit, nach irgend einer Seite hin zu wirken. Ich verkenne ihre Verdienste nicht. Vor allem haben sie die ganze Frage in Fluß gebracht, sie haben das versumpfte deutsche Sprachgewissen aufgerüttelt, sie haben endlich eine höchst achtbare Gelehrsamkeit in den Dienst ihrer Sache gestellt.“ Aber im übrigen geht es den Sprachreinigern doch herzlich schlecht. Ihr größter Fehler ist nach Herrn Dr. Hessen, daß sie „zu ungeschichtlich denken, um die Fremdwörter als etwas Gewordenes anzusehen. Denn es ist eine Narrheit, unsrer Sprache diesen

Reichtum (!) wieder abzujaßen und die Dürftigkeit an Stelle der Fülle (!) zu setzen. Hier liegt der zweite Fehler: die Puristen wollen unsre Bildung zurückdämmen; sie wollen ein Gleichmaß für die Schreibenden festsetzen, und nehmen dazu nicht die höchste Stufe, auf der sich die erlesenen Geister der Nation bewegen, sondern die niedrigste, auf welcher Leute schreiben, die gleich ihrem Publikum zu ungebildet sind, um Fremdwörter richtig zu verstehen und richtig anzuwenden.“ Bescheiden ist das gerade nicht, aber deutlich. Und was berechtigt nun den Verfasser dieses Aufsatzes, sich so vornehm als Bildungswächter und „erlesener Geist“ vor der Nation zu geberden? Er macht den Vorschlag, allen Fremdwörtern, die in Schreibung oder Aussprache ihr undeutsches Wesen verraten, entweder ein deutsches Gewand zu geben oder sie so auszusprechen, wie uns der Schnabel gewachsen sei: dann sei mit einem Male die Einheitlichkeit der Sprache gewahrt und die ungeliebte Fremdwörterhege gegenstandslos und überflüssig geworden.

Wie wenig ist doch Herr Dr. Hessen in die Tiefe der Frage eingedrungen, um die es in dem Kampfe gegen die Verwelschung unsrer Muttersprache, der alten deutschen Haupt- und Heldensprache, wie sie Leibniz nannte, sich handelt, daß er glauben kann, die Sache liege so einfach! Nur den Abschnitt über die Fremdwörter in dem herrlichen Buche von Hildebrand: „Vom deutschen Sprachunterricht“ hätte er zu lesen brauchen, und er hätte sich wohl gehütet, mit so unfertigen, oberflächlichen Ansichten hervorzutreten.

Es ist übrigens ein großer Irrtum des Herrn Dr. Hessen, daß er meint, dieser hochweise Vorschlag sei etwas neues. Daß er sich so aufbläst und seinen Gedanken als das Ei des Kolumbus hinstellt, beweist eben wieder nur, wie wenig er in der Sprachreinigungslitteratur zu Hause ist. Schon J. H. Campe (die einschlägigen Bücher nennt z. B. Dünker, Einleitung zum Verdeutschungswörterbuche, S. 37) verfocht den Grundsatz: Alle entbehrlichen Fremdwörter, welche der Sprachähnlichkeit (Analogie) unsrer Sprache widerstreben, sind zu verbannen, anders gesagt: Was unentbehrlich scheint und sich unsern Laut- und Betonungsgesetzen fügt, das mag erhalten bleiben. Und in den Kreisen des Sprachvereins weiß und beachtet man das längst.

Aber die Hauptfrage für uns ist: Wann ist ein Fremdwort so unentbehrlich, so schwer ersetzbar, so wesentlich für die besondere Färbung des Gedankens, daß diese Regel in Kraft zu treten hat? Und über diese Frage sind wir völlig anderer Meinung als Herr Dr. Hessen. Ihm genügt es vollauf, für Chevauxlegers zu schreiben Schwaleschek — dann ist das Wort deutsch, ist es kein Fremdwort mehr! Da ziehen wir denn doch vor, zu sagen leichte Reiterei.

Die Frage, ob die Aussprache oder die Schreibung nachgeben soll, ob also z. B. Plantasche geschrieben oder Plantage (= Lage, Plage) gesprochen werden soll, die Frage soll von einer königlichen Kommission entschieden werden, deren baldiges Zusammentreten Herr Dr. Hessen hofft. Nun, damit wird es wohl auch gute Wege haben. Vorläufig zeigt die Regierung in verschiedenen Verwaltungsgebieten den besten Willen, im Sinne des Sprachvereins säubernd vorzugehen, sie setzt z. B. in der neuen Exerzirordnung statt charginen das gut deutsche Wort feuern ein. In andern Fällen wird auch der von Herrn Dr. Hessen neu entdeckte Weg eingeschlagen, so wenn man jetzt vielfach statt des nun einmal fest eingewurzelten Secondelieutenant schreibt Sekondleutnant. So geht es langsam, aber sicher vorwärts, und die boshaften Ausfälle gegen die Beschränktheit der Sprachreiner beweisen weiter nichts, als daß man ihre Erfolge nicht mehr verkennen kann und — sich vor ihnen fürchtet.

Bezeichnend dafür sind ein paar Stellen in dem Aufsatze des Herrn Dr. Hefsen. Er sagt (S. 210): „Der richtige Purist, wenn er Redaktor ist, fährt mit seinem fanatischen Rotstift ganz unbekümmert umher, und der gute Geschmack scheint ihn vollkommen zu verlassen. Er verwässert volle Bezeichnungen, er schindet die deutschen Wurzeln geradezu ab und gefällt sich in den widerwärtigsten und eintönigsten Wortzusammenkleisterungen, an denen ohnehin schon unsre Sprache einen unangenehmen Ueberfluß hat, ja er streicht schließlich ganz unverzagt, wenn er sich anders nicht zu helfen weiß.“ Gegen diese „philiströse Beaufsichtigung und Hudelei“ erhebt Herr Dr. Hefsen entschiednen Einspruch. „Die Unsicherheit, die den Schreibenden heute peinigt, als ob nun wieder wie in den Tagen der Jugend ein böser Mann mit dem Bakel hinter ihm stehe, um ihm fortwährend auf die Finger zu klopfen, diese Unsicherheit ist unwürdig, und sie muß umso eher wieder aufhören, als persönliche Willkür allein doch schließlich hier entscheiden will.“

Wir bekennen aufrichtig, daß wir diese geharnischte Erklärung des Herrn Dr. Hefsen mit großem Behagen gelesen haben. Er mag von unserm mangelnden Sprachsinne und schlechten Geschmacks halten, was er will; wir sind der Meinung, daß für Deute seines Schlags die verhaßte Unsicherheit und Angst vor dem Bakel sehr heilsam sei. Vielleicht bekommt er doch eine gewisse Meinung von unserm Geschmacks, wenn wir noch sagen: Es ist für die Preussischen Jahrbücher keine Ehre, in ein und demselben Bande mit der nach Sprache und Inhalt so vornehmen Arbeit von Heinrich von Treitschke (Zwei Kaiser. 15. Juni 1888) ein Nachwerk abgedruckt zu haben wie den Aufsatz des Herrn Dr. Hefsen.

Freisinnige Wissenschaft. In einer „Sommerfrische“ eingefroren, lernt man erst recht die Wohlthat eines Lesezimmers schätzen und greift dankbar auch nach Druckfachen, die unter andern Verhältnissen die Hand kaum berühren würde. Und dann kann es sich ereignen, daß man voll Beschämung seinen Leichtsinne erkennt, nicht früher schon an solche Quellen der Belehrung gegangen zu sein. Solch ein Moment war's, als ich erfuhr, die Universität Berlin sei so tief gesunken, daß sie — wenigstens ein Trost! — nicht mehr tiefer sinken könne. Da hingen neben einander dicke Hefte von berühmten Zeitungen, und welches ich aufschlagen mochte, stets fiel mein Auge auf eine strenge Straf- und Bußpredigt. Die einst hochgefeierte Stätte der Wissenschaft ist zur Brutanstalt des Servilismus geworden, die freie Forschung wird geächtet, die einstigen Zierden der Hochschule müßten sich im Grabe umdrehen, wenn sie das liebedienerische Treiben ihrer Nachfolger sehen könnten. So urteilt man in Berlin, in Frankfurt, in Wien, in Breslau u. Das muß also doch die öffentliche Meinung sein. Ja die Uebereinstimmung ist so groß, daß die so weit von einander wohnenden gerechten Richter genau dieselben Argumente anführen, dieselben Persönlichkeiten aus der Vergangenheit und aus der Gegenwart einander gegenüberstellen, sogar, wie eine genauere Vergleichung ergibt, dieselben Nebengewandungen gebrauchen. „Das deutsche Volk,“ in dessen Namen und besonderm Auftrage bekanntlich die freisinnigen Zeitungen immer sprechen, scheint nicht nur einmütig, sondern zugleich einmündig zu sein. Und was man so die Volksmeinung heißt, ist bei Lichte besehen eines Herrn Meinung, der dem Volke gütigst die Mühe abnimmt, sich eine Meinung zu bilden.

Der Grund des Jammers ist, daß die Universität nicht Virchow, sondern Gerhardt zum Rektor gemacht hat, und gleich schwer wiegt die Begehungs- wie die Unterlassungssünde. Virchow nicht zu wählen, weil er zur politischen Opposition gehört, das war schon schlimm genug, aber an seiner Stelle einen Mitarbeiter

an der Anklageschrift gegen den großen Mackenzie, das war zu viel auf einmal, da fährt auch die freisinnige Geduld dahin. Und nun wird keine Schonung mehr geübt, nun herunter mit den Masken, damit die Nation die Männer, die jetzt an der Berliner Universität das große Wort führen, in ihrer ganzen abschreckenden Häßlichkeit erblicke, die das Signal zur Ausrottung des Idealismus gegeben haben und in der akademischen Jugend das Strebertum züchten. Wer diese Männer sind? Nun „ein Treitschke,“ der sich so oft herausgenommen hat, die Gebote des Freisinnis zu übertreten, noch jüngst in der Charakteristik der beiden Kaiser, und um der Verworfenheit die Krone aufzusetzen, das Vorhandensein einer Judenfrage anerkennt; „ein Gneist,“ der den Adel angenommen hat und in Vorlesungen über Verfassungsrecht die Doktrin zu kritisieren sich erlaubt, auf die jeder Freisinnige eingeschworen ist; „ein Grimm,“ welcher ausgesprochen hat, dem deutschen Volke ziemt es nicht, Seine ein Denkmal zu setzen; „ein Brunner,“ der — ja was denn? — der ein Oesterreicher ist; „ein Gerhardt, ein Bergmann“ u. s. w.

In ähnlichem Tone wenigstens wagt „ein Pöckles“ oder Silberpappel oder Spodeldok oder wie er sonst heißen mag, die genannten abzukanzeln. Deutschen Lesern kann ein solches Gerede kaum gefährlich werden, da sie Zeile für Zeile den Verfasser auf seiner Unwissenheit ertappen werden. Denn wer müßte nicht lachen, wenn, nachdem die Brüder Grimm, Lachmann, Ranke u. a., sogar Niebuhr den nunmehr verehrten vorgehalten worden sind, keck die Behauptung auftritt, Mommsen habe so wenig wie Virchow seine Wissenschaft mit Politik vermengt? Es mag ja sein, daß der letztere nicht dem Beispiele des Freundes Vogt gefolgt ist, nicht pathologische Anatomie der Politik vorgetragen hat, aber Mommsen, dessen Römische Geschichte schon eine politische Parteischrift ist, hätte dem Herr, dem es so sehr um den Leumund der Universität bangt, besser aus dem Spiele gelassen. Und dergleichen sagt sich jedermann selbst, daß ohne Zweifel die ungeschickten Trabanten Virchows das ihrige dazu gethan haben, die Wahl Virchows zu verhindern. Denn das steht fest: hätte man sich über seine politische Verblendung hinweggesetzt, die traurig-lächerliche Rolle vergessen, die er als Parlaments- und Volksredner spielt, so würde urbi et orbi verkündet worden sein, daß die Universität für den fortschrittlichen Liberalismus Zeugnis abgelegt habe, wie man ihr jetzt reaktionäre und servile Gesinnung unterschiebt. Sie aber hatte ein Recht, solcher Mißdeutung vorzubeugen, mögen übrigens die Gründe der Mehrheit gewesen sein, welche sie wollen.

Das leuchtet, wie gesagt, jedem vaterländisch gesinnten Deutschen ein. Dauerlicher ist es, daß das angesehenste Blatt Oesterreichs in das freisinnige Geschrei einstimmt. Noch immer haben wir gefunden, daß die „Neue Freie Presse“ in den Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns und auch anderer Staaten einen Standpunkt einnimmt, der konservativ-liberal genannt werden kann; nur wenn das deutsche Reich in Frage kommt, macht sie sich zum Ablagerungsplatze der Ansichten, die ihr durch die bekannnten Berliner . . . Kanäle zufließen. Natürlich muß der österreichische Leser, der diesen Zusammenhang nicht kennt, nur das eine Blatt zu Gesicht bekommt, glauben, in Deutschland herrschten beklagenswerte Zustände, da ein so gemäßigtes, jeder Uebertreibung abholdes Organ sie so hart beurteilt. Den Leitern kann der grelle Widerspruch nicht verborgen sein, daher bleibt nur die Erklärung übrig, daß auch sie von dem beschränkten jüdischen Liberalismus beeinflusst sind.

Indessen lieferte die Zeitungschau auch Heiteres. Das „Berliner Tageblatt“ hat aus M. Meyers „Geschichte der preussischen Handwerkerpolitik,“ vielleicht sogar schon aus den Publikationen des Archivs erfahren, daß König Friedrich Wilhelm I.

nicht nur Soldaten gedrillt, sondern mit dem größten Ernst und unermüdllichem Fleiße sich bemüht hat, Kultur und Wohlstand Preußens zu heben. Daß er darin nur dem Beispiele der meisten seiner Vorfahren folgte, ist, wie es scheint, dem ehrenwerten Blatte entgangen, denn es nennt ihn schlechtthin „den ersten Volkswirt auf dem Throne der Hohenzollern.“ Diese Begeisterung rührt daher, daß der König sich gegen Mißbräuche des Zunftwesens ausgesprochen und den Satz aufgestellt hat: „Wer gut arbeitet, wird verdienen, und wer schlechte Arbeit macht, wird nichts verdienen.“ Daß die Kritik von Mißbräuchen in einer Zeit der allgemeinen Verarmung, des Verfalls der Gewerbe und der ohnmächtigen Bemühungen derselben, durch starre Abschließung sich zu retten, nun gegen das Zunftwesen überhaupt ausgespielt wird, kann nicht überraschen. Doch fällt zweierlei auf. Der Irrtum in den angezogenen Worten des Königs wurde vor und nach ihm von edeln und großen Geistern geteilt, jetzt erkennt man ihn, denn jedermann hat erfahren und erfährt, daß da, wo keinerlei Organisation dem Werkfertiger und dem Abnehmer Schutz gewährt, nicht derjenige, welcher das Beste, sondern derjenige, welcher das Meiste fürs Geld, das Wohlfeilste, wenn auch noch so schlecht, liefert, am meisten verdient. Und daß davon gerade das „Berliner Tageblatt“ noch nichts bemerkt zu haben scheint, ist sehr merkwürdig. Zweitens: sollte dem Verfasser des Lobpsalms auf den „Soldatenkönig“ dabei gar nicht der Gedanke gekommen sein, was wohl geschehen würde, wenn dieser mit dem bekannten Kohrstock einmal wieder durch die Straßen Berlins wandern und von dem Treiben einer gewissen Tageslitteratur Kenntnis nehmen könnte? Wenn er z. B. sähe, wie sein Name gemißbraucht wird, oder wie Männer, gleich hochachtbar als Charaktere wie als Gelehrte und Lehrer, begeistert, dem Böbel denunziert werden, weil sie nicht nach dem Herzen eines Herrn Porkeles oder dergl. sind? Und wenn der „erste Volkswirt auf dem Throne der Hohenzollern“ in seiner etwas entschiedenen und wenig umständlichen Weise Ordnung machen wollte? Gefänge würde man auch dann wohl vernehmen, aber schwerlich Jubellieder.



## Litteratur.

Das europäische Völkerrecht der Gegenwart. Von A. W. Geffter. Achte Ausgabe, bearbeitet von Dr. F. S. Geffken. Berlin, W. Müller, 1888.

Seitdem Hugo Grotius durch sein unsterbliches Buch vom Rechte des Krieges und des Friedens das Völkerrecht zu einer selbständigen Wissenschaft erhoben hat, ist eine sehr reiche Litteratur darüber entstanden, in der sich vorzüglich zwei Richtungen unterscheiden lassen, die naturrechtliche, die von der Thatsache oder Annahme eines der menschlichen Natur eingepflanzten Vernunftgesetzes ausgeht, welcher sich kein Staat entziehen könne, und der Hobbes, Pufendorf, Thomastius und der Franzose Bonald angehören, und die der Positivisten, die nur ein durch Herkommen oder Verträge gegebenes internationales Recht anerkennen und das Naturrecht entweder gar nicht anerkennen oder nur als Aushilfe für Fälle betrachten, wo Schlüsse aus dem historisch-praktischen Rechte nicht ausreichen. Der letztern Richtung folgen Battel, Bynkershoek, Klüber, Martens, Böllig, Zacharia und der Amerikaner